

--- Auszug / Kurzfassung ---

British-Columbias neue Befugnisse, um abweichende Ärzte zum Schweigen zu bringen

Kürzlich verabschiedete Gesetzgebung setzt Zwangsbehandlung und Befolungspflicht in Kraft

Kommentar von Mary Lowther

OMNS (13. April 2023) Im November letzten Jahres hat die Regierung der Provinz British-Columbia (BC) den *Health Professions and Occupations Act* (~ Gesetz über Gesundheitsberufe und -tätigkeiten) eingeführt, der auch als Bill 36 (*Gesetzesentwurf 36*) bezeichnet wird und mit einem Minimum an Debatten, Konsultationen oder Medienveröffentlichungen verabschiedet und in Kraft gesetzt wurde. Es ermächtigt die Regierung, mehr Kontrolle über die Gesundheitsversorgung auszuüben, indem sie die derzeitigen von den Fachkollegen gewählten Gremien durch von der Regierung beauftragte Bevollmächtigte ersetzt.

Die neu organisierten Regulierungsgremien sind verpflichtet, Satzungen zu erstellen, die Impfungen für jede von der Regierung als notwendig erachtete Erkrankung vorschreiben, und sie sind befugt, die *Informierte Zustimmung* zu definieren.

Ein Mediziner, der den Standpunkt der Regierung in irgendeiner Weise in Frage stellt, muss mit Disziplinarmaßnahmen und dem Verlust seiner Zulassung rechnen. Die Strafen können Geldstrafen von bis zu 200.000 Dollar und/oder zwei Jahre Gefängnis umfassen. Die Regierung kann ohne Vorankündigung der betroffenen Person Räumlichkeiten betreten und deren Eigentum durchsuchen, beschlagnahmen oder kopieren. Sie können die Räumlichkeiten sichern und den Eigentümer daran hindern, sie zu betreten.

Die Regierung erklärt das Gesetz damit, dass es "das Verfahren für die Benennung neuer Gesundheitsberufe und -tätigkeiten vereinfacht" und "die Verfahren klarstellt für die Schaffung und Zusammenlegung von Regulierungsbehörden und die Übertragung der Leitung von Gesundheitsberufen und -tätigkeiten zwischen den Regulierungsbehörden".

Brian Peckford, ehemaliger Premierminister von Neufundland, ist jedoch anderer Meinung. Er ist das noch letzte lebende Mitglied der Gruppe, die die kanadische Charta der Grundrechte ausgearbeitet hat. Hier seine Stellungnahme zu dem jetzt verabschiedeten Gesetzesentwurf:

"Wenn ein Angehöriger der Gesundheitsberufe beispielsweise die Sicherheit und Wirksamkeit der Covid-Impfungen in Frage stellt, würde dies als falsche oder irreführende Information gelten, basierend auf dem, was die Regierung in den letzten zwei Jahren gesagt hat, was zu Geldstrafen von bis zu 200.000 Dollar und bis zu sechs Monaten Gefängnis für jedes "Vergehen" führen könnte. Dieses Gesetz gibt der Regierung extreme Befugnisse zur Bestrafung, zur Verhängung von Geldstrafen, zur Inhaftierung und zur Durchsuchung und Beschlagnahme von Personen, die nach Ansicht der Regierung Aufgaben wahrnehmen, die sie regulieren möchte (z.B. Naturheilkundler).

"Das College Board (Regulierungsgremium) wird beauftragt, eine Satzung zur Informierten Zustimmung zu erlassen. Dieses Recht ist bereits im Common Law (Bürgerlichen Recht) und im BC Health Care (Consent) and Facility (Admission) Act (~ Gesetz über Gesundheitsversorgung (bzgl. Zustimmung) und -einrichtung (bzgl. Zulassung) klar definiert. Beabsichtigt die Regierung, unser Recht auf Informierte Zustimmung zu erweitern oder einzuschränken, basierend auf dem, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben?"

...